Aus all den Vorwürfen, mit denen Edward Snowden bombardiert wurde, empfinde ich die laienhafte Diagnose seines »Narzissmus« am rätselhaftesten und unberechtigsten. Was ist daran narzisstisch, sein Leben zu riskieren - und mit Leben meine ich ein Leben im Gefängnis? Obwohl er, teilweise zum Selbstschutz, an die Öffentlichkeit ging, hat er seine Interaktion mit den Medien auf das Mindeste reduziert und ganz offensichtlich keine unnötige Aufmerksamkeit gesucht. Aufgrund der mangelnden Beweise für solch eine Diagnose scheint es sich eher um Rufmord zu handeln, um von den dringenderen Problemen abzulenken, die durch seine Taten enthüllt wurden. Wenn wir das, was er tat nicht mit seiner Persönlichkeit, sondern mit dem gegenwärtigen historischen Moment in Zusammenhang bringen, sehen wir ohne jeglichen Zweifel, dass Edward Snowden nicht allein ist. Er ist Teil einer wachsenden Schar an Bürgern, die seit Jahren erkannt haben, dass der explosionsartige Anstieg staatlicher Geheimhaltung und Überwachung solch ein großes Problem ist, dass sie gewillt sind, persönliche Risiken einzugehen, um eine Debatte und einen Umbruch voranzutreiben. Am bemerkenswertesten ist, dass sich diese Schar aus Insidern (William Binney, Thomas Drake, Edward Snowden, Bradley Manning) und Outsidern (Julian Assange, Barrett Brown, Laura Poitras, James Bamford) zusammensetzt. Es ist bemerkenswert, dass ihre Kernaussagen die selben sind. Die Öffentlichkeit sollte vielleicht skeptischer sein, wenn es sich nur um eine Person handeln würde oder um die Julian Assanges dieser Welt - Langzeit-Aktivisten, die seit jeher außerhalb des staatlichen Apparates sitzen - die aufschreien. Dass wir investigative Journalisten, Militärpersonal, Mitarbeiter von Sicherheitsbehörden und Aktivisten haben, die sich dem Schlachtgetümmel anschließen, verdeutlicht das Ausmaß des Problems. Unterschiedliche Individuen ohne jegliche Verbindung, aus verschiedensten gesellschaftlichen Schichten treten hervor und identifizieren ähnliche Probleme. Dies bringt uns zu den Ufern des zweiten Problems: Die Unverletzlichkeit des Gesetzes. Ich denke, nun ist offensichtlich, dass die enthüllten Programme Teile des Gesetzes verletzen - sowohl im Wortlaut als auch im Geist. Anwälte haben es erst kürzlich unmissverständlich ausgedrückt: »Die beiden Programme verletzten Bundesrecht sowohl im Wortlaut als auch im Geist. Es gibt kein Gesetz, dass massenhafte Überwachung ausdrücklich authorisiert.« In einer vollkommenen Welt würden wir schlichtweg rechtliche Mittel nutzen, um schlechte Gesetze auszulöschen und gravierende Ungerechtigkeiten zu bekämpfen. Kritiker sollten diesen Weg gehen, bevor sie das Gesetz brechen. In diesem Fall ist genau das passiert. Seit Inkrafttreten des US PATRIOT Act, der während einer Zeit großer nationaler Angst und Zwang verabschiedet wurde, haben wir diverse Versuche von Bürgerrechtsorganisationen gesehen, die mit Rechtsmitteln die riesige Industrie des unbefugten Abhörens ohne richterlichen Beschluss einschränken wollten. Ein Gerichtsverfahren, das 2006 zuerst durch die Electronic Frontier Foundation und die American Civil Liberties Union gegen AT&T geführt wurde, wurde nicht nur hinausgezögert, sondern kam letztlich zum Erliegen. Grund dafür war ein dubioses Gesetz, das Telekommunikationsunternehmen, die mit der Regierung kooperierten, nachträglich Immunität gewährte. Das Gesetz wurde soweit gebogen bis es für diesen Fall nutzlos wurde. Neben rechtlichen Anstrengungen haben Individuen auch versucht, andere zur Verfügung stehende Kanäle zu nutzen, um Veränderung herbeizuführen - jedoch ohne Erfolg. Wir müssen nur zu Thomas Drake blicken, dem langjährigen NSA-Mitarbeiter, der immer mehr Unbehagen aufgrund der Verstöße in seinem nächsten Umfeld verspürte. Er äußerte seine Bedenken gegenüber seinen Vorgesetzten und wurde aufgefordert, dies zu unterlassen. Er wandte sich mit geheimen Informationen an die Presse, wofür er teuer bezahlte. Das Justizministerium ermittelte gegen ihn und erst als seine Karriere zerstört war, wurde das Verfahren eingestellt. Die einzigen Taten, die eine substantielle Debatte und zarte Anzeichen von Änderung erzeugten, waren Snowdens Enthüllungen. Warum? Zuerst ist zu erwähnen, dass es keine sagenumwobene Mehrheit gibt, die Überwachung unterstützt. Als PRISM die ersten Schlagzeilen machte und Umfragen eingeholt wurden, waren lediglich 56% für staatliche Überwachung und die Umfragen erwähnten nicht, dass auch US-Amerikaner überwacht werden. Selbst dann, wie kann eine Zahl, die lediglich die Hälfte eines Landes verkörpert, als Mehrheit dargestellt werden? Sie kann es nicht. Dieses Problem ist noch lange nicht gelöst. Weiterhin haben sich die Zahlen verschoben als immer mehr Vorwürfe ans Tageslicht gelangten. Immer mehr Amerikaner sprechen sich gegen die aktuellen Programme aus, vor allem wenn die Fragen widerspiegeln, dass auch das digitale Leben von US-Amerikanern überwacht und abgespeichert wird. Snowdens Gründe für das Veröffentlichen der Informationen können nicht einfach darauf reduziert werden, dass »Dinge nicht geheim gehalten werden sollten.« Seine Aussagen darüber, warum er getan hat was er getan hat und die Dokumente, die er enthüllt hat, zeigen eine wesentlich komplexere logische Grundlage, die wir bei unserer Analyse nicht auslassen dürfen. Was Snowden getan hat, war den Wasserhahn aufzudrehen, damit wertvolle Informationen der durstigen Öffentlichkeit zufließen können, die ein Recht auf dieses Wissen hat. Nur dann kann die Öffentlichkeit zu einer realistischen Einschätzung darüber kommen, wie sie weiter mit einer staatlichen Behörde verfahren will, die zur Zeit uneingeschränkte Macht zur Überwachung hat und die aktiv Informationen zurückgehalten und den Kongress über ihre Taten angelogen hat. Manche mögen meine Rechtfertigung von Snowdens Taten kritisieren - durch Anfechtung der Annahme, dass die Öffentlichkeit ein »Recht auf Wissen« habe - jedoch zeigt schon ein seichtes Waten in das historische Becken der Verschwiegenheit der-US Regierung, dass dieses Argument nicht stichhaltig ist. Die Geschichte hat gezeigt, dass Geheimhaltung, obwohl nötig, auch ein Nährboden für Missbrauch ist. In einer früheren Ära half eine dramatische Enthüllung durch die »Bürger-Kommission zur Untersuchung des FBI« einer 40-jährigen Herrschaft abscheulichen Missbrauchs ein Ende zu setzen - wie d[illegible] 30), für das J. Edgar Hoover, der das FBI mit verschlossener eiserner Faust regierte, maßgeblich ver[illegible] wortlich[illegible] Jedoch stampft der heutige [illegible]chungsapparat als technologisch und somit historisch unvergleichlich auf. Es kann mit und ohne jem[illegible] den wi[illegible] gra[illegible] werden. Nie zuvor in der Geschichte hatten wir eine ähnlich weitreichende und mächtige Überwachungsinfrastruktur, wie [illegible] der eine [illegible] die es so systematisch verweigert, Informationen zu veröffentlichen. (Man muss sich fragen, was [illegible] oder [illegible] hätten, die der Regierung heutzutage zur Verfügung stehen.) Mit genügend Rechenleistung ist es beangstigend einfach für die Regierung, Daten zu sammeln. Diese Einfachheit wird sie sehr wahrscheinlich dazu bringen, fragwürdige oder ex post de facto Rechtfertigungen für ihre Handlungen zu suchen. Dies wurde ziemlich stichhaltig und treffend durch Bürgerrechts-Anwältin Jennifer Granick ausgedrückt: »Natürlich sehen [illegible] eine schleichende Ausweitung der Ziele - wenn man erst einmal die Mausefalle der Überwachungsinfrastruktur gebaut hat, [illegible] nicht nur darum, dass sie die Möglichkeit haben; Soziologen und andere haben angemerkt, das [illegible] verführ[illegible] gegeben ist. Diese Geisteshaltung wurde am besten durch den Physiker Edward Teller be[illegible] hat, wird sie zur Sucht.« Es gibt vielleicht einen sehr guten Grund für die jetzigen Überwachungsmaßnahmen der USA, [illegible] dieser [illegible] antgegeben wird gibt es keinen Grund, dass sie solch wahnsinnige technische und (fra[illegible] zur Verfügung steht. Das Problem ist, dass es diese Programme gibt und dass unsere Regierung sie als Werkzeug zur Unterdrückung benutzen konnte (tatsächlich führt schon der simple Umstand ihrer Existenz zur Unterdrückung Ande[illegible]ender). Selbst wenn es bisher keinen gravierenden Missbrauch gab, ist es besorgniserregend, dass diese Programme es jeder zukünftigen Per[illegible] in die Hände fallen, ermöglichen sie zu schwerwiegender Unterdrückung zu benutzen. [illegible] müssen wir uns fragen, ob wir bereit sind [illegible] Ent[illegible] und [illegible] nicht bei [illegible] der Erfassung fes[illegible] sich [illegible] Rechte zu ver[illegible] beziehen, - un[illegible] Regierung [illegible] An einem bestimmten [illegible] der Regierung zu weit und es ist unsere Aufgabe, die Al[illegible] zu lauten. Die Pentagonberichte, die COINTELPRO-Leaks, die Tet-Offensive, es gibt viele Beispiele dafür, dass die Bürger unseren gewählten Ve[illegible]n aus gutem Grund misstraut haben. Es ist unsere Verantwortung, [illegible] gewählten Abgeordneten zur Rechenschaft zu ziehen, obgleich wir dies eb[illegible] nur mithilfe einer freien Presse können. [illegible] über

LESEN GEGEN ÜBERWACHUNG

zum Jahrestag der Snowden-Leaks

Dienstag, 06.06.2017

19 Uhr im Guten Morgen Buchladen

Bültenweg 87, 38106 Braunschweig

digitalcourage.de/braunschweig **lesen-gegen-ueberwachung.de**

ViSdP: padeluun, Digitalcourage e.V., Marktstraße 18, 33602 Bielefeld • Text: Gabriella Coleman: „Wie Sicherheit unsere Gesellschaft gefährdet", Übersetzung: Netzpolitik.org, CC BY-SA 3.0